

FA - 28/04/09

Anlage 4

- Vorlagen-Nr. 2009/ 033 -

6. **Aktualisierung des Leitbildes für Ahrensburg sowie der strategischen Ziele für die Entwicklung der Stadt**
- Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt -

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Mellinger für Rückfragen des Ausschusses anwesend.

Zu 1.1, Anlage 1 „Schaffung von zusätzlichen Wohneinheiten innerhalb der Bebauungsgrenzen Ahrensburgs“ sieht auch der Finanzausschuss seine Zuständigkeit. Nachgefragt wird, welche innerstädtischen Flächen der Stadt Ahrensburg zur Verfügung stehen. Frau Mellinger verweist auf den Planungsworkshop im Rahmen der Zukunftswerkstatt, wonach diese Flächen noch aufgezeigt werden sollen. Ein entsprechender Plan wird derzeit – unabhängig von Besitzverhältnissen – erarbeitet. Sie bietet an, die städtischen Flächen hierbei besonders zu kennzeichnen.

In diesem Zusammenhang fragt der Ausschussvorsitzende nach der Möglichkeit, die Kleingärten zu bebauen. Er bittet, diese Besitzverhältnisse zu prüfen. Aus seiner Sicht sollte eine Bebaubarkeit der Flächen Lindenhof, Alte Reitbahn u. ä. nicht im Zusammenhang mit der Schaffung von zusätzlichen Wohneinheiten näher diskutiert werden.

Herr Möller geht auf die Nachfrage zu den Kleingärten ein und bittet um grundsätzliche Prüfung zur Bebaubarkeit, da es sich zweifellos um innerstädtische Flächen handele. Evtl. könnten andere Flächen im Tausch den Kleingärtnern angeboten werden. Aus Sicht Herrn Möllers sei der Erlenhof auswärtiger gelegen, aber aufgrund der Bodenbevorratung durch LEG und der daraus resultierenden rechtlichen Lage ebenfalls in die Überlegungen zur Bebaubarkeit einzubeziehen, da die Entwicklung Ahrensburgs langfristig zu beurteilen sei. Auf Nachfrage teilt Frau Mellinger mit, dass aus ihrer Sicht der Erlenhof noch als innerstädtischer Bereich zu betrachten sei.

Herr Feldvoss weist zu 1.1 auf die Gewährung von städtischen Baudarlehen hin und bittet um Prüfung zu „WG-tauglichen Flächen“.

Der Vorsitzende geht auf die Aussagen Herrn Möllers zum Erlenhof ein und weist darauf hin, dass der Finanzausschuss zumindest die Aufgabe habe, auf finanzielle Folgen – sollte das Gebiet Erlenhof in die Überlegungen nicht einbezogen werden – hinzuweisen.

Es wird vereinbart, den Plan zur Kennzeichnung der noch freien innerstädtischen Flächen abzuwarten.

Zu 2.1.3 „Weiterentwicklung von Ahrensburg als Wohn-, Bildungs- und Arbeitsstättenstandort“ ist auf das Gewerbegebiet Beimoor Süd und dessen Erweiterung hinzuweisen. Herr Stukenberg verweist in diesem Zusammenhang auf die zu klärende DSL-Problematik.

Ein Ausschussmitglied verweist auf die Entwicklung im Gewerbegebiet West, wo Leerstand in größerem Ausmaße festzustellen sei. Hier sollte reagiert werden. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Problematik über die WAS (Leerstandsverzeichnis von Flächen) aufgegriffen wurde. Herr Kienel regt an, sofern eine andere Nutzung im Gewerbegebiet West gewünscht werde, auf Anpassungen im Rahmen des B-Planes hinzuwirken.

Der Vorsitzende fragt nach, ob bei 2.1.3 auch Aussagen zur Nordtangente getroffen werden sollten. Herr Stukenberg empfiehlt, zunächst die Verkehrszählungen im Gewerbegebiet und die Entwicklung der Verkehrsströme nach Errichtung des Haltepunktes Nord abzuwarten.

Aufgegriffen werden sollte aber im Zusammenhang mit einer Weiterentwicklung von Infrastruktur im Gewerbegebiet die LKW-Problematik. Ein Ausschussmitglied spricht sich dafür aus, Flächen für einen nächtlichen Verbleib bei Wartesituationen auszuweisen.

Zu 2.3.2 „Stärkung der Innenstadt“ verweist der Vorsitzende auf die Parkplatzsituation. Frau Mellinger berichtet, dass am 29.04.2009 im Bau- und Planungsausschuss das Einzelhandelsgutachten vorgestellt wird und lädt Interessierte hierzu ein.

Anlage 2, Leitgedanke 1

„Verlagerung der Firma Schacht und Nachnutzung des Firmengeländes für Wohnungsbau“

Der Vorsitzende fragt nach, wie Wirtschaftsförderung einen Anreiz für die Verlagerung der Firma Schacht schaffen könne.

„Prüfung der Einrichtung eines Ambulanzentrums im Gewerbegebiet West“

Es wird nachgefragt, was unter einem Ambulanzzentrum zu verstehen sei. Frau Mellinger berichtet, dass es sich hierbei um eine Anregung aus der Zukunftswerkstatt handele, die abgewogen und hier aufgenommen wurde. Bei dieser Beratung sei sie nicht anwesend gewesen, stellt sich hierunter aber eine Art Poliklinik vor. Der Vorsitzende teilt mit, dass die Stellungnahme aus seiner Sicht so lauten könnte, dass der Finanzausschuss hierbei – da die Stadt nicht über eigene städtische Flächen im Gewerbegebiet West verfüge – nicht behilflich sein könne. Zu verweisen sei auf die Reservierung des Geländes für einen Neubau der Klinik Ahrensburg in Beimoor Süd.

Anlage 2, Leitgedanke 2

„Ansiedlung neuer Unternehmen insbesondere aus dem Dienstleistungsbereich im Bereich des S-Bahn-Haltepunktes Gartenholz“

Es wird empfohlen, die nicht für den Haltepunkt benötigten „Springer“-Flächen für ein größeres Dienstleistungszentrum freizuhalten, daneben für die potentielle Erweiterung der P+R-Anlage des Haltepunktes.

„Prüfung der Möglichkeiten für die Realisierung eines Stadtbusses in Ahrensburg, Einführung möglichst bis 2010“

Der Finanzausschuss weist darauf hin, dass die Vertragsdauer bis 2013 gelte, sodass erst danach Möglichkeiten für die Realisierung eines Stadtbusses in Ahrensburg vorhanden sind.

„Zukunftsbude“ – Rathauspavillon als Informations- und Diskussionsstandort

Inhaltlich sollte auch die Zuständigkeit des Bildungs- und Kulturausschusses festgeschrieben werden (Anlage ergänzen). Es wird angeregt, diese Information bereits jetzt an diesen Ausschuss zu transportieren. Der Berichterstatter sagt zu, die Konzepte den Stadtverordneten für den Bildungsausschuss am 07.05.2009 zur Verfügung zu stellen. Es sei darauf zu achten, dass es sich um eine befristete Nutzung zu handeln habe.

Herr Griesenberg regt an, für die Sitzung am 07.05.2009 einen Vertragsentwurf zu entwerfen. Der Berichterstatter weist darauf hin, dass dieses aus zeitlichen Gründen nicht möglich sei.

Mit diesen Hinweisen wird die Vorberatung abgeschlossen. Der Vorsitzende bittet alle Fraktionen, textliche Stellungnahmen bis zu ihren Fraktionssitzungen im Mai zu entwerfen, sodass eine zügige Beratung im Rahmen der in der Vorlage genannten Zeitplanung möglich ist. Stellungnahmen sollten untereinander ausgetauscht bzw. der Verwaltung mitgeteilt werden. Er erbittet ferner Hinweise der Verwaltung zu diesen Themen.